

Es gilt das gesprochene Wort

## **Politik: Teil der Lösung oder des Problems?**

Hans Rutschmann, Nationalrat, Architekt SIA

### **1. Das Problem**

Eine sichere und günstige Energieversorgung ist nicht nur Voraussetzung für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Sie ist auch ein wichtiger Wettbewerbsvorteil.

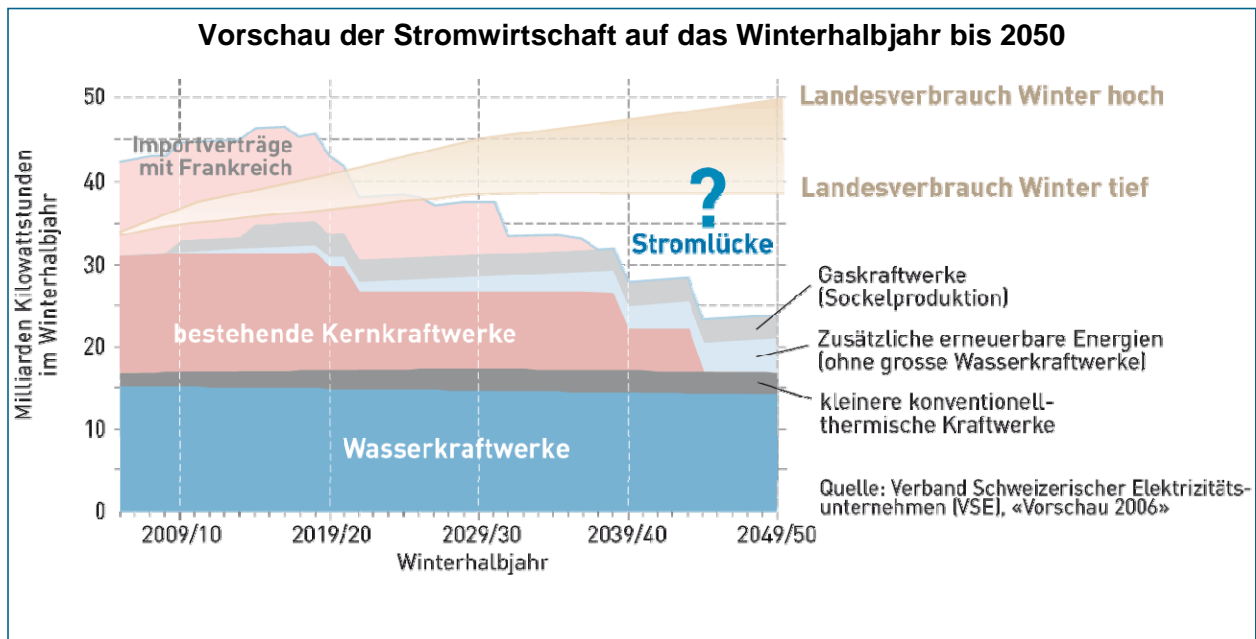
Da die Rahmenbedingungen für die Energieversorgung<sup>1</sup> von der Politik formuliert werden, steht sie in einer besonderen Verantwortung, dafür zu sorgen, dass rechtzeitig die richtigen Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit ergriffen werden können. Über lange Jahre hat das keine Rolle gespielt, weil die Schweiz mehr Strom produzierte als sie selber verbrauchte.

In den vergangenen Jahren haben allerdings verschiedene Untersuchungen<sup>2</sup> aufgezeigt, dass unser Land bald mit einer Versorgungslücke konfrontiert sein wird. Schon ab 2012 kann bei länger anhaltenden Kälte- oder Hitzeperioden der Strombedarf nicht mehr aus eigener Produktion gedeckt werden. Ab 2018 droht dann ganzjährig eine eigentliche Stromlücke. Hauptgrund dafür sind die bald wegfallenden Kraftwerkskapazitäten und die auslaufenden Strom-Lieferverträge mit Frankreich.

---

<sup>1</sup> Art. 89 BV

<sup>2</sup> Bundesamt für Energie, Energieperspektiven 2035/2050; Axpo Stromperspektiven 2020



Vom Problem einer drohenden Versorgungslücke ist aber nicht nur die Schweiz, sondern ganz Europa betroffen:

Einerseits ist während der vergangenen Jahrzehnte kaum in den Aufbau von neuen Produktionskapazitäten investiert worden. Experten gehen davon aus, dass allein altersbedingt 50% des bestehenden Kraftwerksparks bis 2020 ersetzt werden müssen. Andererseits wächst der Stromverbrauch in ganz Europa jährlich um 1,6%.

Die Situation in der Schweiz sieht nicht anders aus. 2006 stieg der inländische Stromverbrauch um 0,8% an. 2007 ist der Stromverbrauch erstmals um 0,6% gesunken. Diese Reduktion ist allerdings auf die warme Witterung und nicht auf echte Ersparnis zurückzuführen. Eine Trendumkehr, wie einige Kreise vielleicht gehofft haben, ist das nicht. Im Gegenteil ist damit zu rechnen, dass sich der Verbrauch mittelfristig wieder bei einem jährlichen Anstieg von 1,5% einpendeln wird.

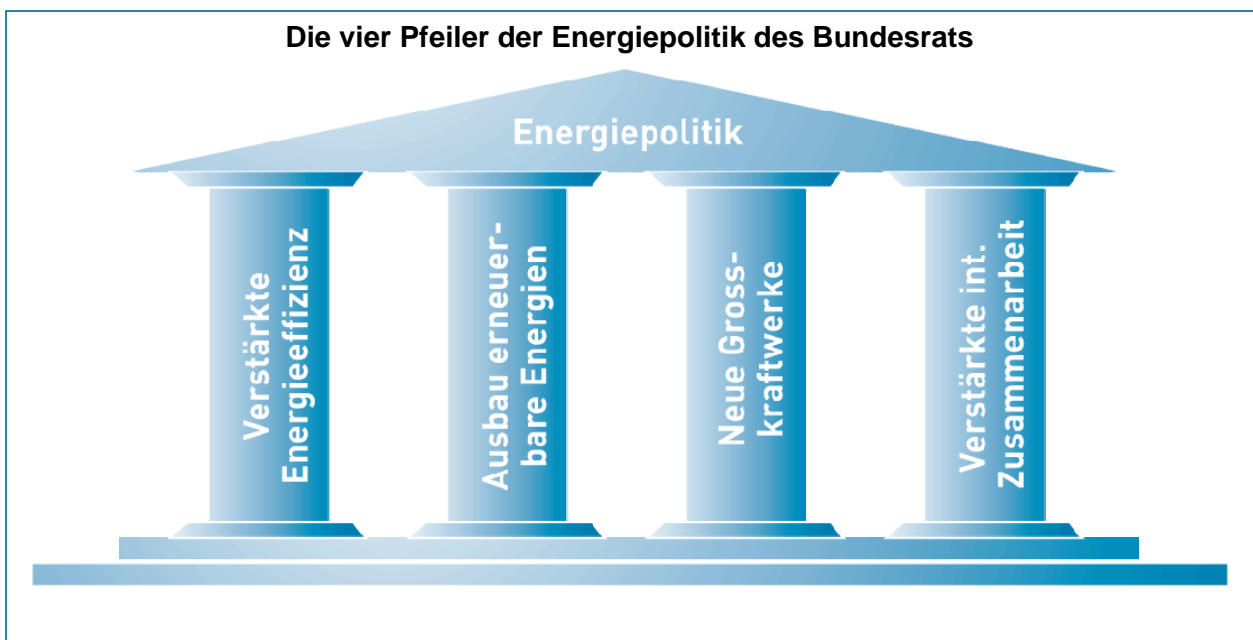
Gleichzeitig müssen auch in der Schweiz Kraftwerke ersetzt werden. 2020 gehen mit den Kernkraftwerken Mühleberg, Beznau-1 und -2 insgesamt 1085 MW Leistung vom Netz. Diese drei Kraftwerke haben 2007 zusammen ca. 8'800 GWh Strom produziert, was mehr als 15% des Landesverbrauchs im gleichen Jahr entspricht.

Nach und nach fallen auch die Importverträge mit der Electricité de France weg. Die Dauer dieser Verträge ist unterschiedlich geregelt: ab 2011 fallen 600 MW weg, bis 2020 weitere 800 MW und bis 2030 nochmals ca. 1'200 MW. Die letzten Verträge laufen gegen 2045 aus.

Insgesamt fallen damit weitere 3'700 MW Leistung. Das entspricht immerhin einem knappen Drittel der in der Schweiz installierten Kraftwerksleistung<sup>3</sup>.

## 2. Die Lösung

In dieser Ausgangslage hat der Bundesrat eine breit abgestützte Energiestrategie formuliert. Sie soll die künftige Energiepolitik bestimmen und die Energieversorgung sicherstellen. Diese Strategie stützt sich auf 4 Säulen:



1. Energieeffizienz: Mit verschiedenen Massnahmen soll der Gesamtenergieverbrauch gesenkt, beziehungsweise das Verbrauchswachstum eingeschränkt werden.
2. Erneuerbare Energien: Der Bundesrat will die bewährte Wasserkraft als wichtigste erneuerbare Energie erhalten und gleichzeitig den Anteil der «neuen» erneuerbaren Energien am gesamten Produktionsmix ausbauen.
3. Grosskraftwerke: Weil auch der Bundesrat – in einigen Fällen vielleicht widerwillig – anerkennen muss, dass Sparmassnahmen und erneuerbare Energien allein die Versorgungslücke nicht schliessen können, setzt er auch auf Grosskraftwerke. In erster

<sup>3</sup> Sommer 2007

Linie sieht er den Ersatz von Kernkraftwerken an den bestehenden Standorten vor. Gas-Kombikraftwerke sieht er nur als Übergangslösung.

4. Energieaussenpolitik: Darunter versteht der Bundesrat schliesslich eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und eine Anbindung der Schweiz an das europäische Handelssystem mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten.

Diese Strategie erscheint mir in ihrer Ausgewogenheit sinnvoll. Angesichts der drohenden Versorgungslücke, des international wachsenden Verbrauchs und der Volatilität der internationalen Energiemärkte kann nicht eine einzelne Massnahme die Lösung des Problems darstellen. Einzelne Lösungsansätze dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen sich sinnvoll ergänzen – je nach dem Beitrag, den sie zur Lösung des Problems leisten können.

### 3. Teil der Lösung...

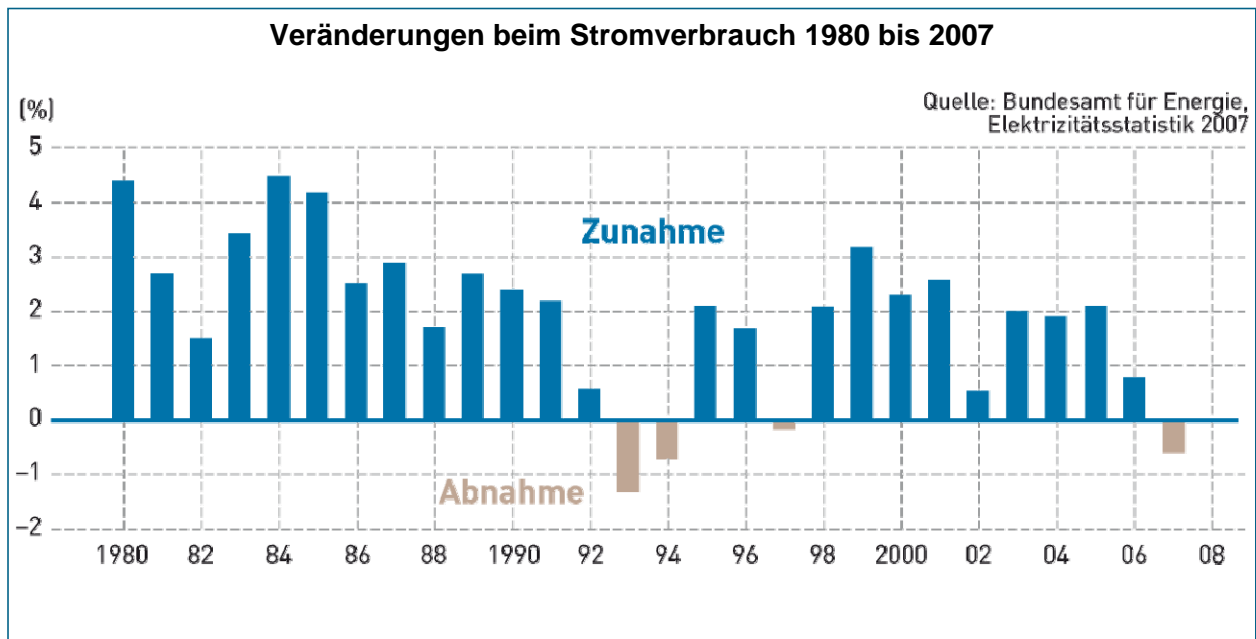
Eine in sich schlüssige Strategie ist eine wichtige Voraussetzung zur Lösung eines Problems. Letztlich ist aber entscheidend, wie sie umgesetzt wird. Und in diesem Zusammenhang muss man sich tatsächlich fragen, wie ernst es der Bundesrat mit seiner Energiestrategie meint.

Der Bundesrat, insbesondere aber das verantwortliche Bundesamt für Energie, setzen die Prioritäten bei Sparmassnahmen und den erneuerbaren Energien. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden, doch muss man sich auch die Grenzen von Energieeffizienz und Erneuerbaren bewusst sein:

Mit Sparmassnahmen und dem effizienten Einsatz von Energie allein lässt sich die Versorgungslücke nicht schliessen. Schliesslich steigt der Stromverbrauch in der Schweiz und weltweit weiter an. Es gibt einen unbestrittenen Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch: Als langjährige Regel gilt, dass 1% BIP-Wachstum einen zusätzlichen Energieverbrauch von 1,5 – 1,8%<sup>4</sup> verursacht. Dieses Verbrauchswachstum lässt sich allenfalls reduzieren. Dass der Trend je umgekehrt werden kann, glaube ich nicht.

---

<sup>4</sup> Interview mit BR Doris Leuthard, Mittelland-Zeitung vom 3. März 2008



Energieeffizienzmassnahmen führen zudem in der Regel zu einem höheren Stromverbrauch, weil fossile Energien durch Elektrizität ersetzt werden. Auch intelligente Steuerungen, die den Energieverbrauch senken, brauchen zusätzlichen Strom. Die Massnahmen können also den Gesamtenergieverbrauch senken. Aber sie führen zu einem höheren Stromverbrauch.

Den Verbrauchsanstieg bei der Elektrizität will der Bundesrat aber ebenfalls begrenzen. Konkret soll der Verbrauchszuwachs bis 2020 auf maximal 10% gegenüber dem Jahr 2000 begrenzt<sup>5</sup> werden. Das entspricht etwa dem Verbrauch des Jahres 2006, eines Jahres also, in dem der Stromverbrauch mit 0,6% nur unterdurchschnittlich gewachsen ist. Bedenken wir noch den Zusammenhang zwischen Verbrauchsanstieg und Wirtschaftswachstum, kann dieses Ziel nur mit massiven regulatorischen Eingriffen erreicht werden!

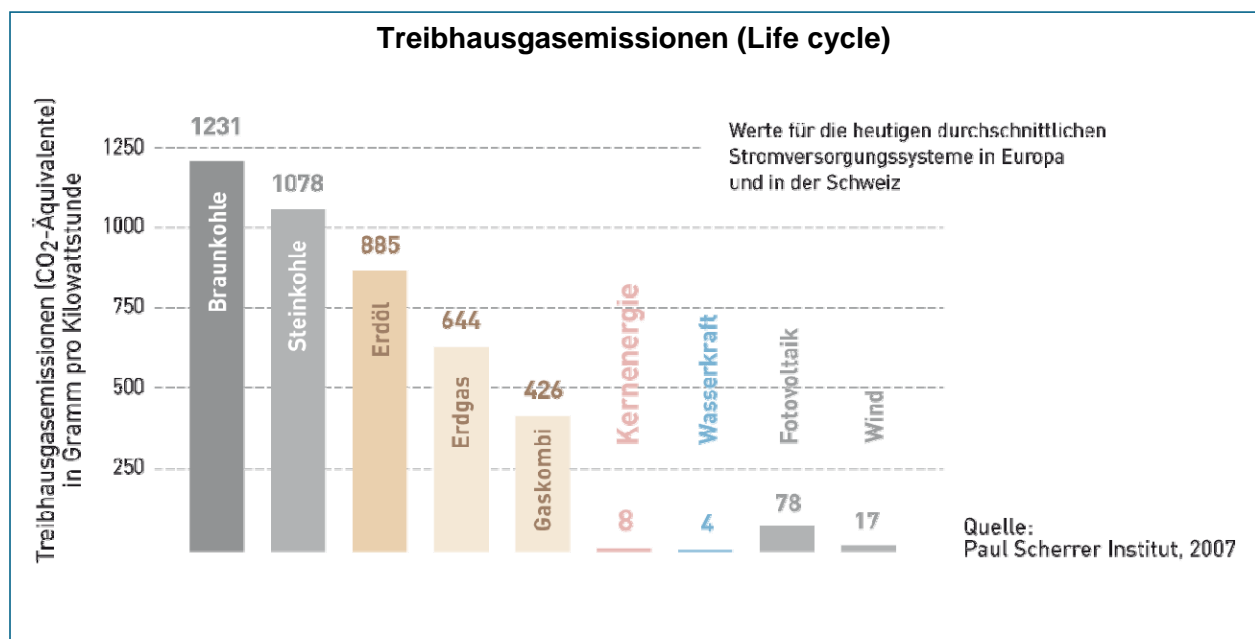
Zweifel sind auch gegenüber der zweiten Priorität des Bundesrates, der Förderung der erneuerbaren Energien, angebracht. Zwar will der Bundesrat die Wasserkraft als wichtigste einheimische Ressource erhalten. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Realität sieht allerdings anders aus. Die Wasserkraftnutzung kann kaum noch ausgebaut werden. Die guten Standorte sind bereits seit vielen Jahrzehnten erschlossen. Neue Standorte können nur mit enormem Aufwand und wesentlich höheren Kosten erschlossen werden. Zudem verhindern Einsprachen und Rekurse, aber auch die Vorschriften und Verfügungen von Heimat- und Naturschutz, nicht nur den Ausbau, sondern sogar die Optimierung der Wasserkraft. Das Ziel im Energiegesetz, die Wasserkraft bis 2030 um 2000 GWh auszubauen, ist schon aus diesem

<sup>5</sup> Michael Kaufmann, BFE, 29. Januar 2008

Grund äusserst ehrgeizig. Dazu kommt, dass die geltenden Restwasserbestimmungen, die bei Neukonzessionierungen umgesetzt werden müssen, bis ca. 2070 zusätzlich zu einer Produktionsminderung von 2000 GWh führen. Und bereits sind mit der Renaturierungs-Initiative neue Forderungen nach einer Einschränkung der Wasserkraftnutzung auf dem Tisch!

Die «neuen» erneuerbaren Energien haben dagegen nur ein geringes Potential. Selbst wohlwollende Einschätzungen gehen davon aus, dass Geothermie, die Nutzung von Sonnenenergie und Windkraft bis 2035 nur gerade 10% des Strombedarfs zu decken vermögen. Ob sie dann schon wirtschaftlich sein werden, das heisst: ohne Subventionen marktfähig sind, muss man wohl bezweifeln.

Die Steigerung der Energieeffizienz, der Erhalt der Wasserkraft und die Förderung der «neuen» erneuerbaren Energien werden vom Bundesrat nicht zuletzt mit der Klimaproblematik begründet. Die Stromproduktion in der Schweiz verursacht heute nur einen minimalen CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Die Energiestrategie des Bundesrates ist eigentlich darauf ausgerichtet, dass das auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Zudem sollen gewisse Massnahmen helfen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auch in anderen Bereichen zu verringern. Gerade dort aber, wo Strom den Einsatz fossiler Energieträger verringern soll, kann die Kernkraft einen wesentlichen Teil beitragen. Denn die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Kernenergie ist gegenüber den meisten anderen Erzeugungsarten durchweg positiv.



#### 4. ...oder Teil des Problems

All das zeigt, dass die Versorgungssicherheit in der bundesrätlichen Energiepolitik nur eine untergeordnete Rolle spielt. Energiepolitik sind für ihn in erster Linie Sparmassnahmen und Subventionen für erneuerbare Energien. In der Legislaturplanung schreibt er: «Für die Deckung der **restlichen** Stromlücke setzt der Bundesrat weiterhin auf Kernenergie.» Diese Formulierung ist wenigstens eine Relativierung der Bedeutung, die der Bundesrat der Kernenergie beimisst. Auch der Direktor des verantwortlichen Bundesamtes hat sich erst kürzlich an der Jahrestagung der Schweizerischen Energiestiftung gegen die Kernenergie ausgesprochen. Mit einem Kernkraftwerk könne man «gigantisch» scheitern, stellte er mit Verweis auf Kaiseraugst fest. Er plädiert für einen Mix aus verschiedenen Mitteln – um das «Klumpenrisiko» Kernenergie zu vermeiden.

Wie gesagt: Es kann nicht darum gehen, einzelne Elemente der bundesrätlichen Strategie gegeneinander auszuspielen. Im Hinblick auf die Herausforderungen, die sich heute und in Zukunft stellen, ist eine breit angelegte Strategie sinnvoll. Doch stehen auch die Politik und ihre Exponenten in der Pflicht, den Realitäten ins Auge zu schauen. Bereits in wenigen Jahren, 2020, sind Produktionskapazitäten im Umfang von drei modernen Reaktoren zu ersetzen. Die Priorisierung von Sparmassnahmen und erneuerbaren Energien oder die Akzeptanz eines einzigen KKW-Neubaus als «notwendiges Übel» können das Problem der Versorgungslücke nicht lösen. So wird letztlich auch ein wesentlicher Beitrag zur Entschärfung der CO<sub>2</sub>-Problematik und zu einer wirtschaftlichen Energieversorgung des Wirtschaftsstandortes und Arbeitsplatzes Schweiz verhindert.



Dabei zeichnet sich bereits heute auch in zeitlicher Hinsicht ein Problem ab. Die ausgedehnten Verfahrenswege mit Prüfungen, mehreren Anhörungen und schliesslich dem fakultativen Referendum führt dazu, dass der Ersatz eines bestehenden Kraftwerks oder ein Neubau zwischen 15 und 20 Jahren in Anspruch nimmt. Überflüssig zu erwähnen, dass – sobald das Geschäft in der letzten Phase einmal im Parlament ist – von den bekannten Kreisen alles unternommen werden wird, um die Erteilung einer Rahmenbewilligung zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Und man muss befürchten, dass manche Parlamentarierin und mancher Parlamentarier vor den Wahlen im Herbst 2011 diese heisse Kartoffel gar nicht erst anfassen mag...!

Verstehen Sie mich richtig: Ein rechtsstaatlich sauberes und demokratisch abgestütztes Verfahren ist für die politische Akzeptanz eines Kernkraftwerks von grösster Bedeutung. Das ist die Lehre aus Kaiseraugst, die wir ziehen müssen und mit dem Kernenergiegesetz auch gezogen haben. Doch auch einwandfreie Verfahren können beschleunigt und mit grösserem Elan durchgeführt werden. Davon ist weder im Bundesrat noch im verantwortlichen Bundesamt für Energie etwas zu spüren. In verschiedenen Vorstössen hat das Parlament eine Beschleunigung und eine Straffung der Verfahren verlangt. Darauf hat der Bundesrat bisher nur ausweichende Antworten gegeben, während das verantwortliche Bundesamt auf seine angespannte Personalsituation verwiesen hat. Nur um dann munter seine eigenen Prioritäten mit grossen Personalressourcen voranzutreiben!

Wenn die Frage heute also lautet, ob die Politik Teil des Problems oder Teil der Lösung sei, dann fällt die Antwort ernüchternd aus. Heute scheint die Politik eher Teil des Problems als Teil der Lösung zu sein. Sie setzt die falschen Prioritäten, entscheidet nach dem Prinzip Hoffnung und gefährdet damit letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und unseren Wohlstand. Es ist zu hoffen, und daran müssen alle Akteure arbeiten, dass sich die Politik der Dringlichkeit des Problems bewusst wird, bevor die ersten Lichter tatsächlich ausgehen.